

**Diskussion im Anschluss an Armin Nolzens Vortrag**  
***Mitgliedschaft in der NSDAP, ihren***  
***Gliederungen und angeschlossenen Verbänden nach 1933 (20.02.2014)***

**Frage 1:**

*Sie sagten eingangs, wer der NSDAP beigetreten ist, sollte oder musste bei paramilitärischen Übungen mitmachen. Wie wurde dies begründet bzw. was wurde da gemacht?*

**Armin Nolzen (im Folgenden AN):**

Das war der so genannte Sportdienst oder Parteisport, den haben Sie in jeder dieser Organisationen, beispielsweise auch in der Hitlerjugend. Dazu gibt es etwa eine neue Monografie über den SS-Sport. Paramilitärische Übungen sahen so aus, dass die Funktionäre, die Waffen tragend waren, natürlich schießen lernen mussten. So war etwa die Dienstpistole bei Ortsgruppenleitern nicht nur ein Zierrat, schließlich ist sie während des Zweiten Weltkriegs bei der Überwachung von Zwangsarbeitern zum Einsatz gekommen. Es gab Schulungslager, in denen eine gewisse körperliche Konstitution erreicht werden musste – etwa in der Art eines Sportabzeichens. Hier mussten zum Beispiel Geländeläufe absolviert oder längere Strecken geschwommen werden. Das hing von der jeweiligen Organisation ab und auch davon, auf welcher Funktionärsstufe man agierte. Wer relativ weit unten war und einen innerparteilichen Aufstieg anstrebte, der neigte dazu, sich bei solchen Aktionen sehr anzustrengen, um weiter voranzukommen in der Parteihierarchie. Dieser Parteisport war also nicht nur auf den Nationalsozialistischen Reichsbund für Leibesübungen beschränkt, jede Organisation hatte einen eigenen Sportapparat. In der Hitlerjugend war dies jedoch wegen der Geschlechtertrennung ein wenig anders. So trainierten die Mädchen eher rhythmische Sportgymnastik oder Ähnliches. Bei den Jungs hingegen beinhaltete ein Aufenthalt im Wehrtüchtigungslager auch die Bedienung von schweren Waffen. Teilweise geschah dies unter der Anleitung von Wehrmachtsoffizieren und spielte sich im Bereich der Panzerabwehr ab. [...]

**Frage 2:**

*Herr Nolzen, ich fand es hochinteressant, dass Sie die Ermöglichungsfunktion dieser Organisation hervorhoben. Ich habe jüngst selbst [...] zur Rolle der Oberlandespräsidenten Oldenburgs im Dritten Reich geforscht und habe dabei mit Erstaunen festgestellt, dass es beim Ein-*

*tritt in die Partei hauptsächlich darum [um die Ermöglichungsfunktion; Anm. d. Red.] ging. Der Oberlandesgerichtspräsident hat natürlich eine ganz herausgehobene Funktion in der Beamtenstadt Oldenburg gehabt und hatte natürlich auch gute Kontakte zum Gauleiter. Und ich fand es hochinteressant, dass diese Funktion es dann – in Führungszeichen – ermöglicht, doch einen ganz gewaltigen Einfluss auch im Hinblick auf rechtsstaatliche Strukturen geltend zu machen, denn interessanterweise konnte der Oberlandesgerichtspräsident dann auch sehr kritisch anmerken, dass das, was Sie eben auch zu der Parteiarbeit der Mitglieder sagten, doch etwas zurückgedrängt wurde. Er war zum Beispiel sehr verärgert darüber, dass seine – wie er sie nannte – Gefolgschaft bzw. seine Gefolgschaftsmitglieder mehr Zeit für die Parteiarbeit verwandten, als für die richtige Berufsarbeit und dann wurde das auch zurückgestellt. Dann hat der Gauleiter gesagt, naja, das wollen wir nun auch nicht. Also ich fand es nun ganz hochinteressant, dass Sie also hervorhoben, dass man das sehr differenziert betrachten muss und dass man keineswegs immer von irgendwelchen politischen Vorgaben ausgehen kann, sondern dass es da durchaus mal die eine und andere Handlungsweise gab, so dass man manchmal auch sagen muss, man konnte diese Handlung der Parteispitze auch hier gar nicht im regionalen Bereich vorhersehen, [...]. Zum Beispiel hat die Parteispitze im Oldenburgischen ihm dann auch erlaubt, die Disziplinarkammer beim Oldenburgischen Oberkirchenrat zu führen. Der Oldenburgische Oberkirchenrat hat den Oberlandesgerichtspräsidenten gebeten, 1939 doch die Disziplinarkammer zu übernehmen. Für die Kirche, und obwohl er Parteimitglied war, hat es da keine Probleme gegeben. Insofern kann ich nur sagen, man muss sich jeden Fall ganz genau anschauen, bevor man da zu einem Urteil kommt und darf keineswegs irgendwelche Pauschalurteile fällen.*

**AN:**

Ja, hätten wir die Parteiaufnahmen nach sozialen Gruppen differenziert, dann wäre deutlich geworden, dass die Justizangestellten, Justizbeamten etc. natürlich eine bevorzugte Klientel der NSDAP waren. In diesem Berufsfeld rekrutierte sie sehr gerne und häufig. Allerdings kam es dabei meist zu einem klassischen Zielkonflikt. Das gilt im Übrigen für alle Beamtengruppen, die die NSDAP agitierte und rekrutierte: Für wen wende ich meine Zeit auf? Arbeite ich hauptamtlich beim Justizapparat und bin erst nach Dienstschluss für die Partei tätig? Das war vor 1939 noch kein Problem, aber im Krieg, wenn Sie sozusagen die Einziehung zur Wehrmacht hatten und die NSDAP praktisch ein Apparat war, der binnen weniger Monate auf die Hälfte des Personalbestandes schrumpfte, wurde das sehr wichtig. Also auch Leute zu bekommen, die man vorher nicht bekommen hat, weil sie in anderen Bereichen mehr investier-

ten. Was den OLG-Präsidenten [Oberlandesgerichtspräsident; Anm. d. Red.] betrifft, nehme ich mal an, Sie spielen auf das an, was ich gesagt habe bezüglich eines Verbots der Personalunion zwischen Partei- und Kirchenamt: Dieser war wahrscheinlich kein Politischer Leiter, sondern ein einfaches Parteimitglied. Wenn der jetzt zum Beispiel Kreisamtsleiter des Rechtswahrerbundes war, dann wäre das wirklich eine Ausnahme gewesen, dass er sozusagen hier die Disziplinarkammer leitet. Wobei vielleicht auch noch zu sagen ist: Wir haben ja zu diesem ganzen Komplex rund um den Justizapparat inzwischen relativ viele Studien vorliegen – auch für die einzelnen Regionen als OLG-Bezirk, Köln ist hier etwa ein Beispiel. Die Studien zeigen, [...] dass diese antagonistische Gegenüberstellung von Partei und Justiz eigentlich gar nicht mehr funktioniert, sondern dass es hier viele Amalgamierungsbereiche gab, die gerade auch im Zuge der fachlichen Ausbildung des Justizpersonals sehr wichtig waren. Hier seien beispielsweise Referendarslager in Jüterbog usw. genannt, die eigentlich Parteilager waren. Das wissen wir nicht zuletzt durch die bekannte Beschreibung von Sebastian Haffner, der 1933 ins Lager als Justizreferendar kam und diesen Stumpfsinn da mitmachen musste. Und dann das bekannte Bild mit den Paragraphen in der Schlinge. Aber generell würde man sagen, wir haben das einerseits für den Justizapparat; wir haben das aber auch im Strafvollzugsbereich. So war die NSV [Nationalsozialistische Volkswohlfahrt; Anm. d. Red.] natürlich auch für diese ganze Strafgefangenenfürsorge zuständig. Die NSV war direkt in den Haftanstalten oder vor den Toren der Haftanstalt und betreute dann die Entlassenen oder deren Familie, und diese Betreuung bedeutete dann natürlich auch, sich genau anzuschauen: Was ist das für einer, wie ist der jetzt einzuschätzen nach der längeren Haftzeit? Es gab also sehr starke Amalgamierungsverhältnisse zwischen Partei und Justiz. Früher hat man immer gesagt, das sei sozusagen der Bereich, der in gewisser Weise „gleichgeschaltet“ wurde und irgendwie sei die SS dann nachträglich Urteilkorrektiv der Justiz gewesen. Zudem sei die Justiz hinsichtlich der Konzentrationslager völlig funktionslos gewesen. Die neueren Studien zeigen allerdings, dass eigentlich genau das Gegenteil der Fall war. Dass die Justiz bis weit in den Krieg auch sehr gut noch funktionierte – auch unter Thierack dann [Otto Georg Thierack, Reichsminister der Justiz von 1942 bis 1945; Anm. d. Red.].

**Frage 3:**

*Ganz allgemein nur: Ist es möglich, Ihr geballtes Konzept noch einmal nachzulesen, das würde mich gerne mal interessieren.*

**AN:**

Schreiben Sie mir eine Mail und ich schicke Ihnen das. Kein Problem.

**Frage 4:**

*Die von Ihnen aufgelisteten NS-Vereine müssen ja alle eine Satzung gehabt haben, wo das, was Sie eben vereinzelt erklärt haben, fixiert wurde. Kann man das irgendwo nachlesen?*

**AN:**

Ja, denn da sie als eingetragene Vereine organisiert waren, mussten sie auch eine Satzung haben, Sie haben völlig recht. Die Satzungen fingen mit der Partei an, es gibt eigentlich nur eine Parteisatzung, die erste vom Juli 1921. Diese wurde zwar nochmal geändert bzw. abgeändert – sowohl nach dem missglückten Hitlerputsch 1923 und dann nochmal 1926 –, aber im Grunde genommen ist sie gleichgeblieben.

**Frage 5:**

*(Unverständliche Frage)*

**AN:**

Das ist die Grundfrage meiner gesamten Forschung zur NSDAP: Wie kam es, dass viele Leute zum gleichen Zeitpunkt so ähnlich agierten, indem sie Anträge auf Mitgliedschaft stellten und anschließend spezifischen Mechanismen unterlagen. Die Satzung selbst, die müssen sie in jeder einzelnen Monografie zu jedem einzelnen dieser Vereine suchen und nachlesen. Es gibt keine Kompletteeditionen. Es gibt ein Werk von Carl Haidn und Ludwig Fischer, *Recht der NSDAP*, da ist allerdings nur die Parteisatzung abgedruckt. [...] Ludwig Fischer war Stellvertreter von Hans Frank als Reichsrechtsführer und hat dieses Kompendium herausgegeben. [...] Andere Fragen, etwa, ob „jüdische Mischlinge“ zweiten Grades in der Hitlerjugend Mitglied sein durften oder nicht [...], sind schon schwieriger zu beantworten. Hier müssten Sie in die einschlägigen Monografien schauen, die jedoch auch nicht immer eindeutig sind.

**Frage 6:**

*[...] Ich wollte nach den Gründen für den Aufnahmestopp der NSDAP fragen, der – so glaube ich – vier oder fünf Jahre andauert hat. Ich meine: Jede Partei soll doch froh sein, möglichst viele Mitglieder zu haben. Aus heutiger Sicht, wenn ich mir das so angucke, was in Berlin los ist, was Sie natürlich in keinster Weise vergleichen würden, aber die wären ja froh über jedes Mitglied, die sie aufnehmen könnten.*

**AN:**

Ja, dies war eben nicht der Fall, da die NSDAP eine Kooptationsstruktur war. Das heißt: Sie wollten Mitglieder selektieren; die wollten genau schauen, wen sie aufnahmen. Warum nahm die NSDAP zum Beispiel keine protestantischen Pfarrer mehr auf nach 1933? Die ganzen protestantischen Pfarrer, die Parteimitglieder waren, sind alle vor 1933 eingetreten, weil man, so die Argumentation, den Konfessionsgegensatz zwischen Deutschen Christen und den anderen konfessionellen Gruppen im Protestantismus nicht in die NSDAP hineintragen wollte. Deswegen wurde die Aufnahme für Pfarrer gesperrt. Ortsgruppenleiter wurden entsprechend angewiesen, Pfarrermitgliedschaftsanträge abzulehnen.

**Frage 7:**

*(Unverständliche Frage)*

**AN:**

Naja, stellen Sie sich vor, Sie haben eine Struktur, die hinsichtlich der Mitgliederaufnahme gerade mal rudimentär funktioniert: Der Reichsschatzmeister war ein ganz kleines Amt. Plötzlich gingen innerhalb von drei Wochen 800.000 neue Anträge ein. Was passiert denn in der SPD, wenn die morgen plötzlich 900.000 neue Anträge hat? Gut, die können das administrativ wahrscheinlich handeln, aber die damalige Struktur der NSDAP war völlig überfordert. Außerdem gab es zu diesem Zeitpunkt – das ist das zweite Argument – auch noch einen gewissen innerparteilichen Dissens darüber, was die NSDAP eigentlich für ein Aufnahme-konzept verfolgen sollte. Sollte sie eine Elitepartei sein, sollte das eine Partei sein, die sozusagen die Sozialstruktur der Bevölkerung irgendwie widerspiegelt? Das setzte sich schließlich durch. Die Partei sollte die Sozialstruktur der Bevölkerung möglichst eng widerspiegeln, und es sollten möglichst zehn Millionen Mitglieder sein, da sollte Schluss sein. Solche Fragen wurden 1933 bezüglich des Mitgliedschaftsstops diskutiert. Der Mitgliederstopp blieb bis

1937 erstmal in Kraft, das hieß natürlich nicht, dass sie keinen Aufnahmeantrag stellen konnten. Nehmen wir als Beispiel [August; Anm. d. Red.] Hinrichs, der am 01.04.1937 aufgenommen wurde. Das Datum sagt überhaupt nichts darüber aus, wann er seinen Antrag gestellt hat. Stellen Sie sich vor, er hätte seinen Antrag einen Tag nach dem Stopp gestellt. Und dann hätte der Ortsgruppenleiter gesagt: Ja, ich habe jetzt hier Stopp. Jetzt kriegen wir Dich nicht mehr rein, jetzt bleibst Du bis zum nächsten Mal liegen – das kann vier Jahre dauern. Aus Eintrittsdaten dürfen Sie somit nie weitergehende Rückschlüsse ziehen. Teilweise wurden die Daten sogar rückdatiert. Es kann zum Beispiel auch sein, dass er seinen Antrag irgendwie, als der Stopp wieder gelockert wurde, also am 01.05.1937, vergessen hat und dann den Antrag verspätet am 01.06. stellt, dann sagt der Ortsgruppenleiter, ja, ist zwar vorbei, die Frist, aber wir nehmen dich noch auf und datieren Dich rück. Es gibt keine einzige Studie zum Mitgliedschaftsverfahren in der NSDAP. Alles, was ich Ihnen hier erzähle, können Sie somit kompakt nirgendwo nachlesen. Allein die Frage schon, wie viele Parteigenossen beim jeweiligen Mitgliederstopp aufgenommen wurden oder abgelehnt wurden. Darüber haben wir wenige Daten. Dieser Forschungslücke sollte man sich annehmen. Die Zentralmitgliederkartei der NSDAP ist schließlich fast komplett erhalten, damit können Sie 10,5 Millionen Fälle überprüfen. Hier können Sie unzählige Projekte zur Aufarbeitung an den Universitäten in Gang setzen. Eine andere Frage, die mich sehr umgetrieben hat, ist zum Beispiel ist die Konfessionszugehörigkeit der NSDAP-Mitglieder. Das einzige, was die NSDAP in diesem Aufnahmewust nicht erhob, war die Konfessionszugehörigkeit. Warum tat sie das nicht? Weil sie – wie gerade gesagt – den so genannten Konfessionsstreit nicht in die Partei hineinholen wollte [...]. Dann fiel dem Robert Ley [Reichsorganisationsleiter der NSDAP; Anm. d. Red.] 1938 auf, bevor die parteistatistische Erhebung von 1939 kam, das [die Konfessionszugehörigkeit; Anm. d. Red.] sei doch wichtig. Man müsse nun wissen, welcher Funktionär überhaupt Kirchenmitglied ist, denn man wolle ja, dass diejenigen aus der Kirche austreten bzw. dass sie die Kirchenämter niederlegen. Ohne konfessionelle Angaben schien dies nicht möglich zu sei. Die Parteistatistik von 1939 ist dann der erste Versuch, Konfessionszugehörigkeit als Kriterium einzuführen. Leider ist diese Statistik im Krieg vernichtet worden bzw. nicht mehr zur Publikation gekommen. Sie existiert lediglich noch für einige Städte und einige Gaue – zum Beispiel für den Gau Groß-Berlin. Die enthüllen dann etwa die Legenden über die katholische Resistenz. So gab es natürlich auch katholische Ortsgruppenleiter – etwa in so einem Gau wie Köln-Aachen war das ganz normal. Aber wie gesagt: Dieses gesamte Mitgliedschaftsverfahren in der NSDAP wurde etwa im Sammelband von Wolfgang Benz [*Wie wurde man Parteigenosse?*; Anm. d. Red.] eher auf einer strukturellen Ebene abgehandelt. Es gibt keine Zusammenschau

aller Mitgliedschaftsmechanismen – auch hinsichtlich der Ein- und Austritte. Ich beschäftige mich mit dem Thema nun seit zehn Jahren oder noch länger. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele Leute freiwillig aus der NSDAP ausgetreten sind. Da müssen Sie jeden einzelnen Aktenordner wälzen oder Sie müssten die gesamte Mitgliederkartei von vorne bis hinten durchgucken und schauen, wo dort ein Vermerk „Eingetreten am“ bzw. „Ausgetreten am“ zu finden ist. Darüber wurde keine Statistik geführt. Und das gilt genauso für diesen ganzen innerparteilichen Sanktionsapparat. Also bezüglich der Ausschlüsse etc. Die Akten des Obersten Parteigerichts der NSDAP sind fast komplett erhalten, aber die sind so verstaubt, da hat noch nie einer reingeschaut. Man könnte also direkt ein Projekt für vier oder fünf Leute übers Oberste Parteigericht der NSDAP veranlassen und schauen, wen haben die denn da abgelehnt und wen nicht. Aber ich will die Forschung auch nicht schlecht reden. Also wir haben zu jeder dieser Organisationen zahlreiche Monografien. Allein zur Hitlerjugend gibt es über 1.000 Seiten von Michael Buddrus [*Totale Erziehung für den totalen Krieg. Hitlerjugend und nationalsozialistische Jugendpolitik*; Anm. d. Red.]. Wer sich da durchgewühlt hat, weiß alles zur Hitlerjugend, aber die Frage der Mitgliedschaft oder der Sozialstruktur werden Sie da auch nicht verhandelt finden. Es ist schwierig: Wenn man sagt, der Nationalsozialismus ist gut erforscht, dann stimmt das zweifellos. Hier haben Sie das besterforschte Gebiet der Geschichte, aber die Forschung hat eine spezifische Struktur, die auch mit den spezifischen Konjunkturen korreliert, die jeweils herrschen. Heute hat die NSDAP keine Konjunktur mehr. Wir haben derzeit zwar die Debatte über die deutschen Intellektuellen – etwa die Debatte über Walser, über Grass, über Wellershoff. Ja glauben Sie, da ist einer an die zentrale Mitgliederkartei herangegangen und hat gesagt, ich mache jetzt mal ein Forschungsprojekt und gucke mir das genau an?

**Frage 8:**

*(unverständliche Frage)*

**AN:**

Hier verweise ich auf Wolfgang Benz: *Wie wurde man Parteigenosse?* Allerdings handelt es sich hier eher um eine Strukturgeschichte der NSDAP. Dort findet sich auch ein Artikel von mir, der thematisiert, wie man von der Hitlerjugend in die NSDAP wechselte. Dieser Übergang stellte eine Ausnahme dar, denn für Hitlerjugendangehörige galt die Aufnahmesperre für neue Mitglieder nicht. Jene konnten 1935 und 1936 eintreten, wenn sie spezifische Kriterien

erfüllten. Ein detaillierter Überblick zu diesen komplexen Mechanismen innerhalb aller NS-Organisationen ist schwierig zu finden. Eine Organisation, über die ich beispielsweise so gut wie nichts weiß, ist der NS-Altherrenbund. Also wenn jemand hier ist, der sich als führender Forscher zum NS-Altherrenbund bezeichnet, dann würde ich gerne ein längeres Gespräch mit ihm führen. Auch der NS-Reichstreubund ehemaliger Berufssoldaten ist sehr schwer zu greifen, weil die Wehrmachtsakten hier nichts hergeben.

**Frage 9:**

*Wir sind ja heute mit dieser Veranstaltung in einer Reihe, wo es darum geht, Straßennamen zu überprüfen oder das Verständnis dafür zu bekommen, ob man bestimmte Straßennamen wieder entehrt. Wir sind ja eigentlich heute nicht hier zusammengekommen, um einen geschichtlichen Diskurs abzuhalten. Es bedeutet zwar, dass man Verständnis dafür haben will, aber mich stört es eigentlich, dass Sie zwar sagen, dem stimme ich zu, die NSDAP war eine verbrecherische Organisation, bloß damals zur damaligen Zeit, als Männer jünger als ich, jünger als Sie, ins Berufsleben eintreten wollten und ich nehme mal jetzt den höheren Dienst an als Beamter, dann war es, wie Sie sagen, von Vorteil, wenn man in die Partei eingetreten ist und sich auch sonst im NSV betätigt hat, von Vorteil, sonst landete man, wie Sie sagten, bei denjenigen, die eben nicht Mitglieder waren unter ferner liefen. Und ich behaupte mal heute, dass Sie beide [Armin Nolzen und Moderator Prof. Dr. Dietmar von Reeken; Anm. d. Red.] in der damaligen Zeit nicht in ihrer beruflichen Position hätten sein können, wenn Sie damals nicht auch in diese Partei eingetreten wären. Und deshalb ist es eben aus heutiger Sicht kein Kriterium, ob jemand Parteimitglied gewesen ist oder nicht. [...] [Vielmehr sollte es darum gehen:] Hat derjenige sich persönlich schuldhaft verhalten, hat er sich bereichert, hat er sich sonst wie schäbig benommen. Und bezüglich der Diskussion um Theodor Pekol: Ich kann den Meinungen in der NWZ nur voll zustimmen, dem Mann kann man Übles nicht nachreden.*

**AN:**

Das Problem ist, dass der Nationalsozialismus mit Leuten funktioniert hat, die Sie beschreiben, denen man Übles nicht nachsagen kann. Der Nationalsozialismus ist nicht das Problem Heinrich Himmlers und ist auch nicht das Problem Julius Streichers, sondern der Nationalsozialismus oder die Kollaboration mit dem Nationalsozialismus, gerade der bürgerlichen Eliten, ist ein Problem von allen, die in dieser Zeit gelebt haben. Das Kriterium aus der heutigen

Zeit, diese Mitgliedschaften zu beurteilen – der Historiker kann nichts anderes tun. Er kann nur aus der heutigen Zeit diese Kriterien anlegen. Er kann nicht, wie es früher gesagt worden ist, versuchen, die Geschichte aus ihrer Zeit heraus zu verstehen. Sie müssen das sehen, wie absurd das wäre, wenn ich die Geschichte aus ihrer Zeit heraus verstehen würde. Dann ist der Antisemitismus des Nationalsozialismus eine alltägliche Erscheinung, die normal ist und die alle Leute teilen. Und wenn ich das aus seiner Zeit heraus verstehe, ist das eine gerechtfertigte Erscheinung, die sich in Jedem manifestiert und wofür dann gar keiner mehr verantwortlich zu machen ist. Der Historiker verbindet Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft. Das ist das, was ich am Ende gesagt habe. Also: Wir urteilen aus unserer heutigen Zeit, Sie urteilen auch aus Ihrer heutigen Zeit, und wir haben eine einzige Frage zu beurteilen: Nicht, war er Nazi, war er ein Verbrecher, sondern wir haben die Frage zu beurteilen: soll ein demokratisches System wie das unsrige solche Leute ehren oder nicht? Es geht nicht darum, wie die Erinnerung an diese Leute tradiert wird, es geht um eine öffentliche Ehrung in einem demokratischen Raum. Und ich würde sagen, das Kriterium „Mitgliedschaft in der NSDAP“ ist ein sehr starkes Kriterium, solche öffentlichen Ehrungen zu unterlassen. Egal, was er ansonsten getan hat. Egal, ob er sich nach 1945 an der Aufbaugeneration der Bundesrepublik mit allen Verdiensten beteiligt hat. Egal, ob er vor 1933 demokratisch gewählt hat. [...] Was wollen wir unseren Enkeln sagen, wenn sie beispielsweise eine August-Hinrichs-Straße sehen? Also für mich ist das widersinnig. Es ist vor allem erinnerungspolitisch widersinnig, wenn sie hergehen und in deutschen Städten so genannte Stolpersteine verlegen für die ermordeten Juden und wenn das auf einer Straße geschieht, die dann nach jemandem benannt ist, der möglicherweise nur ein Mitläufer war oder nur ein Unterstützer oder nur ein Kollaborateur oder nur die Kooperationsstruktur aufrecht erhalten hat oder nur die Mitgliedsbeiträge der NSDAP bezahlt hat. Aus meiner Sicht ist dies schwer erträglich. Und das ist das Problem. Wie wir diese Mitgliedschaften anderweitig bewerten, steht vielleicht auf einem anderen Blatt. Sollte ich jetzt eine Biographie über eine dieser Personen schreiben müssen, dann müsste ich natürlich sagen: Okay, ich muss die Gesamtperson in den Blick nehmen. Das heißt: Von der Wiege bis zur Bahre, vom Anfang bis zum Ende. Im Grunde genommen müsste man über alle diese Personen, über die wir jetzt reden, komplette Biografien vorliegen haben, die den Lebensweg nachvollziehbar oder verständlich machen oder uns erahnen lassen, warum diese Leute dem Nationalsozialismus hinterherliefen. Und trotzdem würde ich immer noch sagen, auch diese Biografie – und wenn es 1000 Seiten über Hinrichs sind – reicht nicht hin, um eine Straßebenennung zu seinen Ehren nach 1945 zu rechtfertigen. Aber das ist natürlich das, was Sie anfangs sagten, Sie wollten keinen wissenschaftlichen Diskurs hören. Diese Frage ist un-

trennbar verbunden mit einem wissenschaftlichen Diskurs. Sie können diese Frage der Ehrung nicht ohne wissenschaftlichen Diskurs behandeln. Sie können nicht einfach ins Blaue hinein irgendwelche Leute ehren oder bei irgendwelchen Leuten, die irgendwann mal geehrt worden sind, sagen, das bleibt jetzt so und das, was uns die Wissenschaftler erzählen, das nehmen wir zur Kenntnis, aber das hat jetzt für uns keine weiteren Konsequenzen. Also mein Verständnis von Wissenschaft ist nicht, dass ich hier nur rekonstruierend tätig werde und Sie dann Ihrer eigenen Meinungsbildung überlasse.

**Frage 10:**

*(Unverständliche Frage)[...] dass man das nachvollzieht. Nicht sich dagegen wehrt oder zum Wutbürger wird.*

**AN:**

Da bin ich völlig d'accord mit Ihnen ansonsten.

**Frage 11:**

*Meine Frage hat nichts mit den Straßennamen zu tun; ich möchte nochmal auf diese Tabelle zurückkommen, die Sie da an die Wand geworfen haben. Genauer: Zum NSV. Das Deutsche Rote Kreuz, war das eine eigene ständige Organisation oder war es der NSV einverleibt?*

**AN:**

Das war eine eigenständige Organisation, die als eingetragener Verein 1933 startet bzw. eine spezifische Struktur entwickelt, in der im Kuratorium spezifische Funktionäre sitzen. Also Erich Hilgenfeldt, der Leiter der NSV, war natürlich auch im Kuratorium des Deutschen Roten Kreuzes, genau wie Heinrich Himmler, wenn auch vertreten durch Oswald Pohl bei ihm vom Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt. Sie haben somit keine organisatorische Einverleibung als solche. Sie haben organisatorische Verbindungen, Sie haben gerade, was das Schwesternwesen angeht, sehr enge organisatorische Verbindungen. Hier verweise ich auf die Arbeit von Birgit Breiding über die braunen Schwestern [*Die Braunen Schwestern. Ideologie – Struktur – Funktion einer nationalsozialistischen Elite*; Anm. d. Red.]. Ich würde das Deutsche Rote Kreuz aber mehr in die Nähe der SS schieben wollen als in die Nähe der NSV. Die Arbeit von Birgitt Morgenbrod und Stephanie Merkenich [*Das Deutsche Rote Kreuz unter der*

*NS-Diktatur*; Anm. d. Red.] zeigt das ganz gut. Zudem zeigt die Studie von Jan-Erik Schulte zum Wirtschaftsverwaltungshauptamt der SS [*Zwangsarbeit und Vernichtung: Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt*; Anm. d. Red.], welche Funktion Oswald Pohl im Deutschen Roten Kreuz ausgeübt hat. Aber die Verhältnisse haben sich natürlich auch gewandelt. Also nageln Sie mich jetzt nicht darauf fest, dass ich das jetzt irgendwie datiere. Am Anfang fing das Deutsche Rote Kreuz relativ unabhängig an und kam dann immer näher zur SS. Ich glaube 1937 oder 1938 übernahm Pohl seinen Sitz im Aufsichtsrat.

**Frage 12:**

*Ich habe ein kleines Problem mit der Doppelmoral. Mir ist klar: Wer sich eines Verbrechens schuldig gemacht hat, der hat natürlich jetzt nicht auf einem Straßennamen zu stehen. Aber wenn ich jetzt zum Beispiel höre, Georg Elser [...], der ja verurteilter Verbrecher gewesen ist mit seinem Bombenattentat damals [...]. Ich meine, davon abgesehen, dass er Adolf Hitler damit schädigen wollte, immerhin sind ja auch Menschen ums Leben gekommen. Ich glaube, eine Mutter von vier Kindern [...] Ähnlich auch die Carl-von-Ossietzky-Universität. Ossietzky war KP-Mitglied und letzten Endes auch ein verurteilter Verbrecher wegen Landeshochverrats. [Diese Ehrungen] wundern mich schon. Also: Das sind Leute, die letzten Endes da natürlich auch etwas getan haben und normalerweise auch keinen Namen führen dürften auf einer Straße, auf einer Universität oder sonst irgendetwas. Das finde ich ein bisschen kurios [...].*

**AN:**

Wie kommen Sie darauf? Da geht es um Widerstandsakte, die geehrt werden.

**Frage 13:**

*Ja natürlich, aber nichtsdestotrotz sind das doch verurteilte Verbrecher, oder?*

**AN:**

Ist Georg Elser ein verurteilter Verbrecher?

**Frage 14:**

*Georg Elser ist doch verurteilt worden, oder nicht?*

**AN:**

Von wem?

**Frage 15:**

*Vom Dritten Reich meine ich. Aber auch unabhängig davon, [...], er wäre doch auch letzten Endes in einer Demokratie verurteilt worden, oder?*

**AN:**

Ja, aber das ist ja eine moralphilosophische Frage. Das ist ja die Frage, die ich in so einem Falle der Beseitigung oder des Tyrannenmordes stellen muss: Kommen Unschuldige zu Schaden oder nicht? Und ich sehe jetzt den Zusammenhang zu der Straßennamenehrung nicht, weil hier bei der Ehrung Elsers eindeutig der widerständige Akt als solcher im Vordergrund stand, also das Attentat im Bürgerbräukeller am 09. November 1939. Bei Ossietzky sehe ich das auch nicht so ganz, denn Ossietzky ist jemand, der im Konzentrationslager ermordet worden ist und der gewissermaßen ... [unterbrochen durch Fragensteller; Anm. d. Red.].

**Frage bzw. Bemerkung 16:**

*Er ist nicht ermordet worden, er ist danach gestorben [...].*

**AN:**

Ja, so kann man es natürlich auch ausdrücken.

**Frage 17:**

*Das ist aber ein Unterschied.*

**AN:**

Woran ist er gestorben?

**Frage bzw. Bemerkung 18:**

*Er ist aber auch nicht vom Dritten Reich letzten Endes verurteilt worden, sondern von der Weimarer Republik.*

**AN:**

Woran ist er denn gestorben?

**Frage bzw. Bemerkung 19:**

*Lungenentzündung.*

**AN:**

Ja gut. Man könnte auch sagen, an Unterernährung oder man könnte auch sagen, an den Prü-  
geln durch Wachmannschaften. Gut, Sie sagen Lungenentzündung, das steht wahrscheinlich  
im Totenschein.

**Frage 20:**

*Ja, unabhängig davon – ich finde: Das ist genauso schlimm wie alles andere. Da finde ich  
eine NSDAP-Mitgliedschaft im Vergleich lachhaft.*

**AN:**

Wir können darüber diskutieren, da werden wir zu keinem Einvernehmen kommen.

**Frage 21:**

*Ich finde es sehr interessant, dass Sie den Standpunkt einnehmen, dass die Demokratie – und  
das kann man durchaus so sehen – das Recht hat, von vornherein zu sagen: Alles das, was  
unserem Ziel widerspricht, fördern wir nicht, auch nicht durch Straßenbenennung. Bloß, was  
ich dazu meine, ist, dass man dann auch konsequent sein muss. Wir haben seit 1949, seit dem  
Inkrafttreten des Grundgesetzes, eben eine Demokratie. Über den Zwischenraum will ich  
mich gar nicht unterhalten. Dann hätte man aber ganz konsequent sagen müssen: Menschen,  
die vor 1945 einer dieser Organisationen der NSDAP oder der NSDAP selber angehörten,  
werden nicht die Ehre bei uns bekommen, ihren Namen für eine Straße herzugeben. Es kann*

*doch nicht sein, und da meine ich tatsächlich, dass die Glaubwürdigkeit der Politik doch auch sehr wichtig für den Bürger ist, es kann doch nicht sein, dass es Phasen in der Demokratie gibt, die ja ihre Ziele nie geändert hat in der Bundesrepublik im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit usw., dass es Phasen gibt, wo man in der NSDAP sein konnte und dass es Phasen gibt, wo man nicht in der NSDAP sein konnte. Ich meine, Ihren Standpunkt akzeptiere ich sofort. Bloß dann soll man ihn auch konsequent durchhalten und dann gibt es ja noch ein anderes Problem, ein individualpsychologisches. Wenn man das so vertritt, wie Sie sagen, dass alle diejenigen, die einmal dieser Organisation angehört haben, selber verbrecherisch waren, weil sie sich eben einer verbrecherischen Organisation angeschlossen haben und damit nach der Satzung ja diese verbrecherischen Ziele teilen mussten, dann sagen Sie ja praktisch, zwei Drittel der Deutschen vor 1945 waren Verbrecher. Und das macht natürlich gerade für die Nachfahren ganz erhebliche Probleme, wenn sie hören, ihre Vorfahren waren Verbrecher. Also deswegen meine ich, dass man dies individualpsychologisch vermitteln muss. Man kann es nicht nur vom Standpunkt des wissenschaftlichen Historikers aus betrachten, da gibt es ja noch ganz andere Perspektiven. Wir haben dann ja auch ganz andere Länder, wo man das dann genau so anwenden kann, denn diejenigen, die zum Beispiel dem Stalinismus gefolgt sind, waren ja auf andere Weise Verbrecher. Sie haben auch Minderheiten diskriminiert und in den Tod getrieben, also das ist ein ganz, ganz problematisches Feld.*

**AN:**

Danke für Ihren Hinweis – so kann ich gleich einem Missverständnis vorbeugen. Nicht alle, die diesen Organisationen angehörten, waren Verbrecher. Die absolute Minderheit der Leute, die diesen Organisationen angehörten, bestand aus Verbrechern. Aber diejenigen, die diesen Organisationen angehörten, trugen durch ihre Mitgliedschaft zur Unterstützung einer verbrecherischen Organisation bei. Und das ist nicht strafrechtlich relevant, sondern eher moralisch bzw. politisch. Eine Straße nach diesen Personen zu benennen ist also eine moralisch-politische Würdigung in einem öffentlich-demokratischen Raum – das ist heute meines Erachtens im Hinblick auf ehemalige Mitglieder der NSDAP nicht mehr tragfähig. Es geht um Kooperationsstrukturen und um die eingenommenen Rollen. Wenn ich also Mitglied der NSDAP war: Wieviel Zeit meines Lebens beanspruchte das eigentlich? Eigentlich nur eine ziemlich geringe Zeit. Also wenn ich kein Funktionär war, sondern „nur“ meine Beiträge zahlte, zu ein paar Veranstaltungen ging, ein paar Hitlerreden anguckte und mehr nicht – hier war die Rolle als Familienvater, als Kind, als Sohn, als Bauer, oder die berufliche Stellung wesentlich wichtiger und wesentlich relevanter. Aber allein – das ist mein Argument – durch die Mitglied-

schaft in einer solchen Organisation ist eine solche Person zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich nicht mehr ehrungswürdig. Die andere Frage, die Sie gestellt haben, ist natürlich die nach der Konjunktur der Aufarbeitung der NSDAP-Mitgliedschaft. Das Kriterium, das ich jetzt hier zugrunde gelegt habe, stammt eigentlich aus der ersten Phase der Entnazifizierung, als die Amerikaner oder die Briten auch alle diese Organisationsmitgliedschaften aus dem Öffentlichen Dienst rauswerfen wollten. Da hat man gesehen, dass dies nicht praktikabel ist und ist runtergegangen, dann ist man zu dem Spruchkammerverfahren gekommen und bei dem Spruchkammerverfahren, das sind ja Entlastungsverfahren, in dem diese Mitgliedschaften sozusagen klein geredet wurden. Also wenn Sie sich diese „Persilscheine“ durchlesen – etwa im Stile: „Meine Mutter hat mich in der NSDAP angemeldet, ich wusste das nicht“. Oder: Viele, die bei der Allgemeinen SS waren, waren nach 1945 plötzlich nur bei der Reiter-SS. Warum? Weil der Reiter-SS in Nürnberg kein verbrecherischer Status zugewiesen wurde. Weitere Entlastungsargumente lauteten etwa: „Ich habe nie meine Beiträge gezahlt. Ich wusste gar nicht, dass ich da angemeldet worden war“. Diese ganze Strategie zog sich durch die Entnazifizierungsverfahren und durch die Phase, als die empirische Forschung gegen Anfang der 1960er Jahre anfing, diese Erzählungen Eins-zu-Eins zu reproduzieren. Ein weiteres Problem, das wir haben: Die zentrale Mitgliederkartei im Berlin Document Center war in amerikanischem Besitz – da konnten Sie nicht einfach so ran. Erst seit der Öffnung der Akten bzw. seit der Übergabe des Document Centers ans Bundesarchiv gegen Mitte der 1990er Jahre können wir überhaupt unbeschränkt in dieser Kartei recherchieren. Vorher hat es einen Zugang gegeben, der den öffentlichen Behörden vorbehalten war oder auch Leuten, die ein spezifisches Interesse anmelden konnten. Es gab auch vorher schon Forschungen über die NSDAP-Mitgliedschaft. Dies war nicht zuletzt daher möglich, weil die Amerikaner die Dokumente auf Film gebracht haben und alles im NARA [National Archives and Records Administration; Anm. d. Red.] in Washington spiegelbildlich liegt. Sie konnten das in Washington einfacher einsehen als im Document Center. Aber diese ganzen Sachen sind erst nach der weltgeschichtlichen Wende 1989/1990 freigeworden. Heute kann jeder Journalist, der irgendwie ein begründetes Interesse nachweist, irgendwelche Namen in der zentralen Mitgliederkartei der NSDAP „screenen“ und nächste Woche im „Spiegel“ einen schönen Enthüllungartikel schreiben. Das macht die Arbeit für uns Historiker nicht einfacher. Zusätzlich gibt es das Problem, dass Sie es mitunter mit Akten zu tun haben, die auch extrem dürr sind. Was steht auf so einer Mitgliedskarte drauf? Da steht das Geburtsdatum drauf, da steht der Eintritt drauf, da steht die Parteimitgliedsnummer drauf und die Ortsgruppe noch – und das war es schon. Sie haben keine Beitragsmarken, Sie haben – wenn der Entsprechende zwi-

schendurch umgezogen ist – wenigstens noch ihre Wohnortswechselangaben, aber mehr haben sie dann nicht. Den eigenhändig unterschriebenen Aufnahmeantrag haben Sie nie. Ich habe immer das Argument gehört, seine NSDAP-Mitgliedskarte hätte man ja eigenhändig unterschreiben müssen, und wenn dieser eigenhändig unterschriebene Aufnahmeantrag nicht da sei, könne man nicht nachweisen, dass man NSDAP-Mitglied war. Gut, dies liegt selbst bei Adolf Hitler nicht vor. Dann wäre Adolf Hitler also auch kein NSDAP-Mitglied? Als Historiker müssen wir da ein bisschen aus den Quellen extrapolieren: Wenn jemand in der zentralen Mitgliederkartei mit einer Nummer verzeichnet ist, gehe ich mal davon aus, dass er Mitglied war. Mitgliedsforschungen für die anderen Organisationen sind noch schwieriger, weil die Mitgliederkarteien vernichtet sind. Die NSV-Mitgliederkartei in Berlin etwa wurde durch einen Bombentreffer vernichtet, die anderen Karteien sind auch nicht erhalten. Sie haben eigentlich für keine dieser Organisationen etwas. Für den Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund (NSRB) oder die Kriegsopferversorgung haben Sie vielleicht noch was. [...] Alles bezüglich der Aufarbeitung der Vergangenheit gilt im Übrigen auch für die DDR: So gab es auch in der SED oder in der FDJ auch einen hohen Anteil an NSDAP-Kadern. Es gab, wie neuere Forschungen zeigen, auf der Bezirksebene in Thüringen über 30% ehemalige NSDAP-Mitglieder. Da ist das gleiche Problem, obwohl wir es da ja mit dem sog. antifaschistischen Schutzwall bzw. dem Antifaschismus als Staatsdoktrin zu tun haben. Hier wurde einfach zu einem spezifischen Zeitpunkt entschieden, dass diese Kader unverzichtbar seien. Wenn man nun überlegt, wie die Sozialisation dieser Leute weiterging, ist das ganz interessant. Nimmt man etwa als Kontrastgruppe die Leute, die im politischen Widerstand waren und deren Kinder und Angehörige, also Leute, die Angehörige von Verfolgten sind, von Kommunisten und Sozialdemokraten, – die gingen nach 1945 fast nie in die Politik. Die ehemaligen NSDAP-Mitglieder dagegen schon. Zurück in den Westen: Wenn sie sich die Zusammensetzung eines jeden Landtags in der Bundesrepublik innerhalb der 1960er Jahren anschauen, dann haben Sie einen NSDAP-Mitgliederanteil von 20-40 % in allen Parteien. Und ich frage mich schon: Wie konnte es dazu kommen, dass eine Generation, die im Nationalsozialismus politisiert wurde, im politischen System der Bundesrepublik sowie der DDR doch wieder Funktionen wahrnehmen und das demokratische bzw. sozialistische Gemeinwesen prägen konnte? Hier muss die NSDAP eine Fundamentalpolitisierung eingeleitet haben, die meines Erachtens noch unzureichend erforscht ist. Zu ergänzen ist außerdem: Alles, was ich sage, gilt immer nur für Männer. Sie haben ganz, ganz wenige Beispiele für Frauen, die NSDAP-Mitglieder waren und nach 1945 eine tragende Rolle in der Politik übernahmen. Zudem: In der NSDAP waren sowieso nur zwischen 6 und 9% Frauen. [...] Ich weiß gar nicht, ob es ein bekanntes Beispiel

einer Parlamentarierin gibt, die in der NSDAP war. Ich glaube, in Hessen war das der Fall. Der Name fällt mir jetzt nicht ein, aber das war es eigentlich schon [Else Voos-Heißmann (SPD), außerdem auch Anneliese Bläsing (NPD); Anm. d. Red.]. Die Aufarbeitung der Mitgliedschaften fiel eigentlich in eine Zeit, die gegen Ende der 1990er Jahre einsetzte. In der Zwischenphase, also nachdem der erste Schwall der empirischen Forschung vorbei war – von der Mitte der 1970er bis zur Mitte der 1980er Jahre – lief nicht sehr viel, weil die NSDAP als Organisation als Forschungsgegenstand gar nicht interessant war, aus welchen Gründen auch immer. Das lässt sich schön nachzeichnen: Öffentliche Mitgliedschaftsdebatten hatten wir immer wieder. In den 1960er Jahren – Stichwörter waren da etwa Kurt Georg Kiesinger oder Karl Schiller. Es gab jedoch keinen Versuch einer konsequenten Aufarbeitung aus wissenschaftlicher Sicht. Und wenn Sie sich den neuen Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU anschauen, steht dort explizit drin, dass alle Bundesministerien daraufhin überprüft werden sollen, wie es mit dem Personal und den NS-Mitgliedschaften dieses Personals in den Bundesministerien aussah. Jetzt kann man natürlich ironisch nachfragen: Welche Ministerien gibt es denn eigentlich, die noch nicht überprüft sind? Aber eins ist mir noch eingefallen und das ist vielleicht gar nicht so uninteressant: Das Bundesinnenministerium. Aber gut. Aber das sind alles Fragen, die jetzt aktuell sind. So wird ja nun auch in allen bundesdeutschen Parlamenten nach ehemaligen Mitgliedern der NSDAP etc. gesucht. Hier tritt dann immer das Problem auf, dass die Bearbeiter solcher Studien immer unterschiedliche Kriterien anwenden. Den einen interessieren nur Mitgliedschaft in der NSDAP und den Gliederungen, den anderen interessieren nur Mitgliedschaften in der NSDAP, den Dritten interessieren alle Mitgliedschaften. Eine konzentrierte Übersicht von allen Mitgliedschaften werden Sie nie bekommen, da müssen Sie immer auf die biografische Ebene runtergehen.

**Frage 22:**

*Herr Nolzen, ganz herzlichen Dank für diesen spannenden Vortrag. Was mich am meisten fasziniert hat, war die Tatsache, dass Sie als Historiker sagten, es ginge nicht nur um die Vergangenheit, es ginge um die Gegenwart, und auch die Zukunft sei wichtig. Und da wir über Ehrungen sprechen, denke ich, dass das heute eigentlich das Hauptthema ist. Könnten Sie noch etwas dazu sagen, wie die historische Verantwortung dieser Namensdiskussion für die Straßen für unsere Zukunft hier in Oldenburg sein könnte? Und nicht nur in Oldenburg – auch bezüglich unserer deutsche Zukunft.*

**AN:**

Gut, das war jetzt aus dem Konzept von Jörn Rüsen's Historik, die ein sehr komplexes Phänomen ist, das sich über Jahre seit den 1970er Jahren entwickelt hat. Rüsen kommt hier eigentlich zu der Ansicht, der Historiker agiere immer in der Gegenwart und forsche immer in der Gegenwart – das ist eigentlich ein ziemlicher Gemeinplatz, klar. Der Historiker rekonstruiere die Vergangenheit aus der Gegenwart, das heißt natürlich auch, mit den gegenwärtigen Perspektiven, mit den gegenwärtigen Möglichkeiten, die er hat. Das Ziel, für das der Historiker die Vergangenheit rekonstruiert, liegt in der Zukunft, es ist sozusagen die Humanisierung der Gattung, so nennt Rüsen das. Humanisierung der Menschheit als Menschheit. Das hört sich sehr pathetisch an, aber es geht immer darum, nicht nur die Wissenschaft zu demokratisieren, sondern auch darum gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen für Demokratisierungsprozesse und auch für die symbolischen Gehalte dieser Demokratisierungsprozesse. Das steht ja hier im Mittelpunkt. Es geht ja jetzt nicht darum, wie man aus der NS-Vergangenheit lernt, Parlamentsarbeit besser zu machen, sondern darum, wie die symbolische Verarbeitung funktionieren kann auf kommunaler Ebene. Und die Humanisierung des öffentlichen Raumes als solches ist eine Aufgabe, die nicht exklusiv dem Historiker vorbehalten ist, sondern eigentlich machen das ja alle Wissenschaften. Ich will jetzt nicht das abgegriffene Wort von der historischen Nachhaltigkeit irgendwie ins Spiel bringen, aber es geht schon darum, dass man sich als Historiker auch selbstreflexiv darüber im Klaren ist, dass ich jetzt nicht nur ins Archiv gehe, mir fünf Millionen Karteikarten der NSDAP ansehe und dann eine Sozialstatistik schreibe. Vieles der NS-Forschung der letzten Jahre ist sehr hyperempiristisch. Da ging es in vielen Bereichen sehr oft nur darum, spezifische Prozesse aufzuarbeiten. Mitunter fehlte es dabei an der Orientierung, zu sagen: hier ist die Gegenwart, von der aus argumentiere ich, und das ist die Zukunft, da will ich hin. Grob lassen sich zwei Generationen der NS-Forschung unterscheiden – auch wenn das vielleicht ein bisschen schematisch ist: Die erste Generation der NS-Forschung hat immer gefragt, wie es zum 30. Januar 1933 gekommen ist. Das war die zentrale Leitfrage. Unsere Generation hingegen fragt, wie es zum Holocaust kam. Das ist eine ganz andere Frage, die ganz andere methodische Herangehensweisen voraussetzt. Und letztlich geht es mir um Geschichtsschreibung nach Auschwitz, die eine andere sein muss als eine Geschichtsschreibung vor Auschwitz. Das ist eigentlich das zentrale Programm, was hier von vielen Vertretern meiner Generation von Historikern abgearbeitet wird. Und Geschichtsschreibung nach Auschwitz heißt, sich über die Potenziale, die auch in demokratischen Gesellschaften schlummern, im Klaren zu sein. So etwas nicht mehr geschehen zu lassen ist eben das Zukunftszugewandte – sage ich jetzt mal. Zudem haben wir ja eine Memori-

alkultur in unserem Lande, die ja kaum noch übersichtlich ist. Sofern es etwas zu kritisieren gibt an dieser Memorialkultur, dann ist dies, dass diese Zukunftszugewandtheit – so finde ich – manchmal ein bisschen zu kurz kommt. Dass sich also nie gefragt wird: Was will ich denn und wo will ich denn in zwei oder drei Generationen stehen mit diesem Projekt? Wenn sich eine Stadt wie Oldenburg fragt, wo will ich in zwei oder drei Generationen mit meinen Straßennamen stehen, dann muss sie sich auch fragen, kann ich solche Straßen noch weiter nach diesen Leuten benennen. Mir geht es einfach darum, eine gewisse Sensibilität dafür zu wecken. Es werden ja heute noch Kulturpreise nach Leuten ausgelobt, die nicht nur kontaminiert sind, sondern die dezidierte Verbrecher waren. Da geht dann eine Stadt her und sagt, ach, wir loben mal den Kulturpreis aus, nach dem oder dem, die Stadt Wolfsburg ist ein klassisches Beispiel dafür – übrigens eine genuin nationalsozialistische Stadtgründung –, wo ein extrem hohes Bewusstsein herrscht, aber wo man sich dann einfach über gewisse Benennungen von Kulturpreisen keine Gedanken macht. So ist es einfach das Ziel oder die Arbeit des Historikers, dafür zu sensibilisieren. Letztlich liegt die Entscheidung aber bei den politischen Instanzen. Und die entscheiden ja auch über das Verfahren. Sie können entscheiden, ob Sie eine Bürgerbefragung machen in dieser Sache oder sie können entscheiden, ob sie die Straßennamen belassen, ob sie Gedenktafeln anbringen, oder ob sie sagen, okay, vielleicht gibt es irgendwo Gelder für ein paar Forschungsaufträge. [...] Ich kann ja nicht mehr machen als das, was ich als Historiker herausfinde, in beratender Form in den Raum zu stellen – die Entscheidung liegt an anderen Stellen. Das ist kein Fatalismus, aber so funktioniert der Prozess eigentlich.

**Frage 23:**

*Zwei Dinge möchte ich noch anmerken. Das eine ist zu dem Herrn, der da den Herrn Ossietzky vorhin diffamieren musste. Die meisten werden es wissen, Ossietzky ist wegen Hochverrats verurteilt worden, weil er ein illegales Rüstungsprojekt der Weimarer Republik enttarnt hat und das hat den Generälen der Weimarer Armee nicht geschmeckt. Das andere ist: Mich treibt der Gedanke um, dass es, wenn immer wieder versucht wird, Handlungen von Menschen im Nationalsozialismus zu relativieren, zu verharmlosen, zu vertuschen, sich dabei eine Art negativer Selbstschutzmechanismus handelt, der in unserer Gesellschaft weit verbreitet ist. Denn auch hier und heute und in diesem Land passieren Dinge, die in einer folgenden Generation vielleicht anders gesehen werden als sie heute gesehen werden. Wenn man mal den Umgang mit Flüchtlingen in den letzten 25 Jahren nimmt: Da sind Dinge passiert und da*

*passieren Dinge, für die „Verstoß gegen die Menschenwürde“ noch eine verharmlosende Bezeichnung ist. Jeder kann es wissen, der es wissen möchte, dennoch werden schon heute und in zehn Jahren sicherlich erst recht 90% der Menschen in diesem Land sagen: Habe ich nie was von gehört, habe ich nicht gewusst. Wie sollte ich das denn wissen? Das heißt: Es wiederholt sich ein Mechanismus, der im Nationalsozialismus ganz fatale Auswirkungen hatte, der aber auch heute wieder für viele Menschen fatale Auswirkungen hat. In dem Sinne würde ich mich Ihnen anschließen. Geschichtsschreibung muss tatsächlich so wirken, dass sie auch nachhaltig in die Zukunft wirkt, dass sie unser Menschenbild heute verändert, dass sie uns heute zwingt und dazu bewegt, das, was wir tun oder das, was wir nicht tun, das, vor dem wir die Augen verschließen, wo wir die Hände im Schoß sehen, einfach auch kritisch zu hinterfragen.*

**AN:**

Im Grunde genommen stimme ich Ihnen da zu. Worüber wir ja noch nie geredet haben bezüglich der Forschung zum Nationalsozialismus, ist eine Geschichte der Indifferenz oder des Wegsehens zu schreiben, die solche Wahrnehmungsprozesse auch thematisiert. Also: Wer wusste wann was worüber? Sicherlich ist es im Vergleich zur heutigen Zeit schwieriger, solche spezifischen Prozesse zu untersuchen. Diese beiden Gesellschaften sind was völlig Unterschiedliches – das würde ich an der medialen Revolution, die wir in den letzten 20 Jahren erlebt haben, festmachen. Heute lässt sich in Sekundenschnelle wissen, was gerade in der Ukraine auf dem Maidan-Platz passiert, das war im Nationalsozialismus nicht möglich. Vor solchen Vergleichen – so glaube ich – sollten wir uns etwas hüten. Allerdings: Natürlich, die Indifferenz gibt es heute auch und es wäre spannend, sich diese Frage der Indifferenz auch mal in gesellschaftsvergleichender Perspektive anzuschauen. Die DDR wäre auch eine gute Vergleichsgröße. Und letztlich ist es meine Konzeption als Historiker zu sagen: Okay, ich rekonstruiere nicht Geschichte, wie Ranke sagt, „wie ist es eigentlich gewesen“ ist. Vielmehr ist Geschichte immer das, was wir heute als Geschichte bzw. als Überrest vorfinden und anschließend mit gegenwärtigen Perspektiven und zukünftigen Orientierungsvorschlägen interpretieren. Also ich gehe jetzt nicht doktrinär irgendwohin und sage, Du musst aber dies und das tun – denn die Debatte über Nachhaltigkeit ist ja von einem gewissen Doktrinarismus nicht frei, wenn ich das mal so sagen darf. Das würde ich auf dem historischen Sektor nicht so machen, und ich würde auch, wenn ich im politischen Bereich argumentieren müsste, nicht vorschreiben, wie Prozesse der Memorialkultur gestaltet werden sollen. Da müssen sicherlich andere Aspekte noch eine Rolle spielen. Da müssen die verschiedenen Opfergruppen eine

Rolle spielen. Letztlich geht es mir hier um empirische Forschung und um eine Frage, die natürlich immer auch eine memoriale Frage ist: Warum ist diese NSDAP eigentlich ein so unbekannter Apparat? Das hat was damit zu tun, dass die Erinnerungen nach 1945 diesen Apparat als solchen aus spezifischen Gründen völlig ausgeblendet haben. Einer dieser Gründe – so glaube ich – liegt darin, dass, wenn zwei Drittel der Bevölkerung Mitglied dieses Apparates waren, das vordergründige Interesse nicht gerade darin besteht, über diesen Apparat zu reden. Das ist ein relativ normaler Vorgang, und wir haben den Vorteil, dass wir aus unserer heutigen Perspektive wesentlich mehr über den Nationalsozialismus wissen. So sind in den letzten zehn Jahren knapp 35.000 Monografien erschienen – in solchen Dimensionen bewegen wir uns also. Verdoppelt man diese Anzahl, hat man die Publikationen die in den 30 Jahren zuvor erschienen sind. Die Forschung ist sozusagen in jedem Sektor tätig. Es gibt nichts, was die Forschung nicht weiß. Aber meine These ist auch: Wir müssen die alten Zöpfe nochmal abschneiden und neu überprüfen und dazu gehört natürlich auch, dass wir uns die NSDAP als solche genauer ansehen.

**Frage 24:**

(unverständliche Frage)

**AN:**

Ja, Ludwig Erhard ist ein ganz schwieriges Beispiel. Wenn Sie sich den Fall Erhard anschauen: Das ist ja eigentlich nur die inkriminierende Denkschrift ans Reichswirtschaftsministerium von 1944. Was wollen Sie dem Erhard sonst vorwerfen? Wo war er Mitglied? Das habe ich jetzt nicht auswendig im Kopf. Er war Beamter. Mit dem Mitgliedschaftsargument können Sie da nicht kommen. Sie können nur mit dem Argument der Denkschrift kommen und der Frage des Ursprungs des Ordoliberalismus aus der nationalsozialistischen Planwirtschaft. Das ist in der Forschung während der 1970er Jahren sehr stark diskutiert worden. Letztlich: Mit welcher Begründung will eine Stadt hergehen und eine Straße umbenennen, die eine Ludwig-Erhard-Straße ist, und gleichzeitig eine Straße, die August-Hinrichs-Straße heißt, bestehen lassen? Sie sehen also: Das ist auch ein relationales Argument. Das ist schon schwierig. Ich meine, die letzte Biografie von Erhard – von Bernhard Löffler aus dem Jahre 2002 – enthält auch nichts zu Inkriminierendes, als dass mir jetzt einfallen würde, dass Erhard nun unbedingt streichen müsste. Was war denn der zehnte Name? Das ist eine Diskussion, die wir ja hier nicht im luftleeren Raum führen. In Österreich gibt es die ja genauso. In Wien ist der Karl-

Lueger-Ring umbenannt worden. Ein antisemitischer Bürgermeister, der ein großes Vorbild Adolf Hitlers war. Dies geschah auf Betreiben der SPÖ, und im Anschluss hat die ÖVP natürlich nach antisemitischen Äußerungen bei Karl Renner gefahndet. Hier handelt es sich sozusagen um ein politisches Ping-Pong-Spiel, dem ich mich natürlich nicht anschließen würde. Ich würde sagen, ich kann jetzt nicht nach parteipolitischem Proporz, nach irgendwelchen Heroen aus irgendwelchen anderen Parteien suchen, die Dreck am Stecken haben und diese Straßen müssen irgendwie umbenannt werden. Das ist nicht die Logik der Straßenumbenennung, glaube ich. Und da muss man sich im politischen Sektor eben auch sehr stark überlegen, ob man hier nicht einen parteipolitischen Kampf austrägt, der einerseits auf dem Rücken der Bürger ist, andererseits die wesentlich wichtigeren Fragen einfach außen vor lässt, nämlich zum Beispiel August Hinrichs. Aber das war meine persönliche Meinung.

**Frage bzw. Bemerkung 25:**

*Weil es ja auch erstmal nicht um die Umbenennung geht, sondern erstmal nur um die Diskussion über diese Personen. Was da am Ende steht, das wissen wir halt nicht.*